

schrittliche, was die Arbeiter selbst bei der Durchführung des Siebenjahrplanes entwickeln, fördern.

Wir sollen uns bewußt werden, daß die geistige und charakterliche Entwicklung der Bürger der DDR im Zusammenhang mit der Erfüllung der Aufgaben des Siebenjahrplanes erfolgt, aber gleichzeitig in der Auseinandersetzung mit der volksfeindlichen militaristischen Ideologie, wie sie von Westdeutschland aus verbreitet wird. Im Mittelpunkt unserer ganzen Politik steht die Idee, daß es nur möglich ist, den Frieden zu erhalten, wenn wir den Beweis erbringen, daß unser Volk in Wohlstand und Glück leben kann und Deutschland einen würdigen Platz im Kreis der Völker einnimmt, wenn auf Atomrüstung, Revanchepolitik und Militarismus verzichtet wird. Genosse Bernard Koenen hat in seiner Rede auf dem ZK-Plenum sehr stark unterstrichen, daß diese politische Überzeugung, die Klarheit über Weg und Ziel, für die Durchführung des Planes entscheidend ist.

In der Westpresse wirft man uns vor, daß wir den Ausschließlichkeitsanspruch in bezug auf die Politik des Friedens, der Demokratie, des gesellschaftlichen Fortschritts stellen. Herr Adenauer erhebt den Ausschließlichkeitsanspruch in bezug auf die imperialistische Herrschaft über ganz Deutschland und die Ausdehnung der kapitalistischen Ausbeutung und der klerikalen Herrschaft und Unkultur auf ganz Deutschland. Wir haben nicht gefordert, daß in Westdeutschland der Sozialismus errichtet wird. Die Gestaltung der gesellschaftlichen Ordnung ist Sache der westdeutschen Bevölkerung. Wir wünschen lediglich, daß in Westdeutschland solche friedlichen und demokratischen Verhältnisse herbeigeführt werden, die die Annäherung der beiden deutschen Staaten und die Wiedervereinigung möglich machen. Obwohl wir der Meinung sind, daß der Sozialismus für Deutschland das beste ist, stellen wir für Westdeutschland keine sozialistischen Forderungen, sondern machen solche Vorschläge, die der Sicherung des Friedens dienen und nicht nur den Interessen der Werktätigen entsprechen, sondern auch für große Teile der Bourgeoisie annehmbar sind. Die Sache des Friedens macht es notwendig, sich jnit der antikommunistischen Hetze, die von Westdeutschland aus geführt wird, auseinanderzusetzen. Es ist bekannt, daß die antikommunistische Hetze der herrschenden Klasse in Deutschland immer ein Teil der Kriegsvorbereitungen war. Und deshalb ist es notwendig, daß wir uns in unserer öffentlichen Agitation prinzipiell mit der antikommunistischen Hetze auseinandersetzen, die von Westdeutschland aus geführt wird.

Genosse Nikita Sergejewitsch Chruschtschow hat in einigen seiner Reden in den USA, aber zusammenfassend in seiner Rede auf dem Parteitag der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei in Budapest treffend die Frage gestellt: „**Von wem droht denn die Gefahr für das Volk?**“

Wir haben bewiesen, daß wir für die Abrüstung, für einen Friedensvertrag sind, daß wir konsequente Gegner des Krieges sind. Die herrschenden Kreise Bonns haben das Gegenteil bewiesen! Wir sind dafür, daß das Volk in Westdeutschland das Recht bekommt, in Freiheit zu entscheiden, ob es die Rückgängigmachung der Atomaufrüstung und den Rüstungsstopp will, ob es den Weg eines dauerhaften Friedens will, oder ob es sich für den Krieg entscheidet.